

## Trennen oder Teilen in Bosnien?

### Unterschiedliche Visionen für die Zukunft des Staates

Die vor über acht Jahren in dem Friedensvertrag von Dayton für Bosnien festgelegten Verwaltungsstrukturen verhindern eine gedeihliche Entwicklung des Landes. Der Änderungsvorschlag einer aussenstehenden Nichtregierungsorganisation hat unter den Politikern eine lebhafte Diskussion ausgelöst. Doch die Meinungen sind unvereinbar.

Wok. Sarajewo, im Februar

Ihr seht doch, wie das Volk in Bosnien aufgespalten ist in drei oder sogar vier Glaubensbekenntnisse und untereinander in argem Zwist lebt, und alle zusammen sind durch eine unübersteigbare Mauer von Europa, das heisst von der Welt und vom Leben, getrennt.

(Ivo Andric, «Wesire und Konsuln»)

In der grossartigen Chronik seiner bosnischen Geburtsstadt Travnik lässt der Träger des Literaturnobelpreises von 1961, Ivo Andric, einen jungen französischen Gesandten zu Worte kommen. Der fiktive Disput mit einem einheimischen Franziskanerbruder spielte sich vor knapp 200 Jahren ab. Seither hat das schöne Land in den Hügeln des Westbalkans manche Kriege durchlebt, fremde Besetzer gingen, und andere kamen. Alle versprachen sie ein Leben in Frieden und Einigkeit. Und dennoch herrscht Unheil und Armut – bis zum heutigen Tag.

#### Versiegender Geldsegen

Die bisher letzten der fremden Herrscher Bosniens kamen vor über acht Jahren ins Land, zur grossen Erleichterung der kriegsgeplagten Bevölkerung. Sie waren gekommen, um als Soldaten, Polizisten, Beamte und Experten den Friedensvertrag von Dayton umzusetzen. Sie sind, wenn auch in geringerer Zahl, noch immer im Land. Sie scharen sich unter keiner einheitlichen Flagge, tragen auch kaum das Blau der Vereinten Nationen, sondern verstecken sich hinter zwei Buchsta-

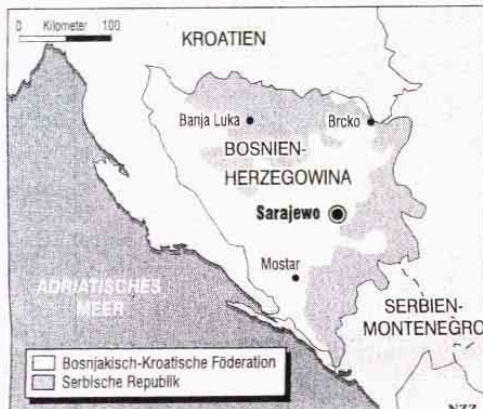
ben: IC. Das Kürzel steht für International Community und gibt all jenen Fremden, die sich in Bosnien zu dieser «Internationalen Gemeinschaft» zählen, eine ganz spezielle und wohl nur in diesem Lande anzutreffende Legitimation.

Viel Boshafes wurde in den letzten Jahren über die «Internationalen» in Bosnien gesagt und geschrieben. Etwa, dass es sich bei diesen Fremden um unqualifizierte Spesenritter handle, die dank den vom Ausland ins Land gepumpten Milliarden in Saus und Braus lebten und darum nicht daran dächten, ihre goldenen Sessel freiwillig zu räumen. Diese Polemik trifft den Kern des Problems in zweifacher Hinsicht nicht. Erstens vermag niemand zu sagen, wie Bosnien ohne das Wirken und Tun der Fremden heute aussähe. Und zweitens droht der ausländische Geldsegen langsam, aber sicher zu versiegen. Das spüren nicht zuletzt all jene Tausende von Einheimischen im ganzen Lande, die irgendwie mit der IC verhandelt sind oder waren; als Dolmetscher, Häuservermieter, Ladenbesitzer oder als Teil des Beamtenheers, welches das in den Dayton-Verträgen festgelegte Verwaltungssystem vorsieht. Bosnien verbraucht 60 Prozent seines Bruttosozial-

#### NZZ Online

##### Dossier «Der Fall Milosevic»

Der Prozess  
gegen den ehemaligen jugoslawischen Präsidenten  
vor dem Uno-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag.  
[www.nzz.ch/milosevic](http://www.nzz.ch/milosevic)



produkts zur Aufrechterhaltung seiner administrativen Strukturen. Das sind Grössenordnungen, wie man sie sonst nur von erdölreichen Klientelstaaten am Golf kennt. Bosniens Wirtschaft aber, die ein solches System alimentieren müsste, liegt in Trümmern.

Eigentlich ist im Lande allen bewusst, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Doch wie ändern? Und wichtiger noch: Wem trauen? Wiederum ist es Ivo Andric, der den französischen Gesandten eine Gesellschaftsanalyse formulieren lässt, die an Gültigkeit nichts eingebüsst hat: «Es besteht kein Zweifel, dass euer Land einmal in die Gemeinschaft Europas eingehen wird, aber es kann geschehen, dass es dann aufgespalten ist und erblich belastet mit Auffassungen, Gewohnheiten und Instinkten, die es woanders nicht mehr gibt, die wie Gespenster euer Land an einer nor-

malen Entwicklung hindern und aus ihm ein zeitgemässes Ungeheuer machen.»

### Public Diplomacy

Im Unterschied zu der von Andric beschriebenen Zeit haben in Bosnien, wie auch anderswo auf der Welt, Wesire und Konsuln ihre vorrangige Stellung an eine neue Spezies von «Internationalen» abtreten müssen, die Vertreter der sogenannten Public Diplomacy. Diese von keiner Regierung ernannten «öffentlichen Diplomaten» bilden einen Teil im bunten Kosmos der Nichtregierungsorganisationen. Sie verstehen sich als Akteure der Bürgergesellschaft (civic society) und stehen immer häufiger in direktem Konkurrenzverhältnis zur traditionellen Diplomatie, sei es mit fundierten Lageanalysen oder mit aktiver Intervention. Unter den zahlreichen derartigen in Bosnien tätigen Akteuren hat sich die Europäische Stabilitäts-Initiative (ESI), eine in Berlin und Brüssel domizilierte private Expertengruppe, bereits mit mehreren unkonventionellen Vorstössen einen Ruf geschaffen. Ihr jüngster Vorschlag, die Föderalisierung Bosniens nach helvetischem Vorbild, stiess auf eine derartige Resonanz, dass die vier deutschen Parteien-Stiftungen (Friedrich Ebert, Konrad Adenauer, Heinrich Böll, Friedrich Naumann) die politische Elite des Landes zu einer eintägigen Diskussion in Sarajewo einluden.

### Unvereinbare Standpunkte

Und die Elite kam. Aus allen Landesteilen waren sie angereist, bosnjakische, kroatische und serbische Politiker und andere Interessenvertreter. Mit mehrheitlich steinerner Miene sassen die über zweihundert fast ausschliesslich männlichen Anwesenden im besten Hotel der Stadt im Rund und liessen sich vom jugendlichen ESI-Direktor Gerald Knaus und mehr noch von der angereisten, für den Balkan zuständigen Europa-Parlamentarierin Doris Pack die Leviten lesen. «Wenn ihr in die EU wollt, müsst ihr zu Kompromissen fähig sein», lautete zusammengefasst ihre Aufforderung. Dabei wurde der ESI-Vorstoss als ein Bemühen präsentiert, die dringend nötige Diskussion über eine Umgestaltung der bosnischen Verwaltungsstrukturen endlich in Gang zu bringen. Die ESI hatte vorgeschlagen, die zwölf Kantone der Bosnjakisch-Kroatischen Föderation sowie die Republika Srpska und den Distrikt von Brcko in einen Föderalstaat einzubinden. Damit liesse sich ohne Veränderungen der Binnengrenzen viel bürokratischer Leerlauf verhindern.

In der lebhaften, doch stets sehr gesitteten Diskussion erinnerte ein Politiker aus Banja Luka stellvertretend für andere daran, dass die Gründung der Republika Srpska ein Kriegsziel gewesen sei. Bereits in Dayton seien die Serben auf einen Kompromiss eingetreten. Eine Herabstufung der Serbischen Republik auf die Ebene eines von dreizehn andern Kantonen stehe ausser Frage. Der Präsident der von Karadzic gegründeten Serbischen Demokratischen Partei, Dragan Kalinic, wies darauf hin, dass man in der Bosnjakisch-Kroatischen Föderation die Republika Srpska als Provisorium betrachte. Dem sei aber nicht so, denn die Republik sei eine Realität. Keine künftige Diskussion komme an dieser Tatsache vorbei. Völlig anderer Meinung war ein Vertreter der Sozialdemokraten. Ethnische Abstammung eines Bürgers dürfe nicht länger mit einer bestimmten geographischen Zuteilung verbunden sein. Andere schlossen sich dem an und forderten eine Neuaufteilung des Landes in wirtschaftlich sinnvolle Regionen.

Ein Vertreter der regierenden bosnjakischen Demokratischen Aktion lobte den ESI-Vorstoss, räumte aber gleichzeitig eher kleinlaut ein, dass deren Umsetzung ohne fortgesetzte Präsenz der «Internationalen» unvorstellbar sei. Am offensten äusserte sich Branko Todorovic, Präsident des Helsinki-Komitees in der Republika Srpska. Jene drei Parteien, die den Krieg angezettelt hätten, versuchten nun in der Friedenszeit, ihre nationalistischen Ziele durchzusetzen. Ausgebrochen sei der Krieg, weil die Politiker zu keinem Dialog fähig gewesen seien. Dank dem ESI-Vorstoss sei nun aber endlich ein Gespräch in Gang gekommen. Eine Lösung für das Land sei nur im gemeinsamen Austausch und aus eigener Kraft zu finden. Doch das Volk wolle das Wort Reform schon gar nicht mehr hören, wurde ihm entgegnet, das Vertrauen in die Politiker jeglicher Couleur sei grundlegend erschüttert. Diese zweifellos zutreffende Einschätzung widerspiegelte sich in den letzten Jahren in einer auffallend gesunkenen Wahlbeteiligung.

Nur gerade eine Votantin wies auf die Errungenschaften der vergangenen acht Jahre hin. Im Lande herrsche für alle Bürger eine vollständige Bewegungsfreiheit. Über die Hälfte aller Vertriebenen seien zurückgekehrt. Es sei unzulässig, wenn Bosnien in seinen Bemühungen um eine Annäherung an Europa mit Bulgarien, Rumänien oder auch Mazedonien verglichen werde. In diesen Ländern habe kein Krieg geherrscht. Trotz diesen unbestreitbaren Errungenschaften, die weniger den bosnischen Politikern als viel eher den «Internationalen» zu verdanken sind, bleibt

---

die Ineffizienz des gigantischen und teuren Verwaltungsapparats ein drängendes Problem, betonte Knaus. Bosnien sei – und dies führte er als Beispiel an – das einzige Land der Region (mit Ausnahme Kosovos), das nicht zur Durchführung einer Volkszählung in der Lage sei. Aus diesem Grunde sei die Erhebung von verlässlichen Daten schlicht unmöglich. Die EU verlange nun aber einmal von künftigen Kandidaten brauchbare Statistiken, daran führe kein Weg vorbei. Ungesagt blieb dabei, dass in Bosnien, wie in andern von «ethnischen Säuberungen» versehrten Ländern, Volkszählungen ein vorrangiges Politikum sind.

### **Einseitiger Abschied?**

Am Ende der Veranstaltung waren sich alle darin einig, dass an diesem Tag ein Meilenstein gesetzt worden sei. Die Debatte um die Zukunft Bosniens sei nun definitiv lanciert, lautete der Grundtenor. Ein Meilenstein? Ein in Sarajewo wohnhafter ehemaliger Funktionär des titoistischen Staates, der einst in Belgrad eine hohe

Funktion innehatte, lässt sich den Verlauf der Diskussion erzählen und verdreht dann die Augen. «Sie wollen einfach nicht mit uns am selben Karren ziehen», sagt er. Seine Kritik richtet sich nicht generell gegen die Serben, sondern gegen deren politische Vertreter. Radikale Vorschläge seien nötig, um die Zukunftsdebatte zu beleben. «Warum propagieren wir nicht eine Rückkehr zu dem Ende März 1994 in Washington besiegelten bosnjakisch-kroatischen Vertrag?» Die damals gegründete Föderation könnte sich an Zagreb wenden mit der Anfrage um Gründung einer gemeinsamen Föderation. Ein solcher Weg, so ungeheuerlich er auch erscheinen möge, führe bestimmt schneller in die EU. Allzu lange habe man auf die Befindlichkeiten der Politiker in Banja Luka Rücksicht genommen. «Sollen sie doch ihre Republika für sich behalten», sagt er, und schweigt. Sollen sie das? Auch wenn der Preis das Ende des Staates Bosnien-Herzegowina bedeuten würde? Die «Internationalen» wären damit kaum einverstanden.